



Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

Schiefelage in der Verteilungsgerechtigkeit durch Schiefelage der Machtverhältnisse

Soziale Gerechtigkeit in der Krise der Arbeitsgesellschaft

Zusammenfassung eines Vortrages am 22. Mai 2007 in Linz

Wenn von Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit die Rede ist, kommt es darauf an, wie wir mit unseren normativen Überzeugungen auf die vorhandene Situation antworten, daher ist die Deutung der Situation die Voraussetzung dafür. Es stellt sich die Frage, ob wir mit unseren normativen Überzeugungen, das treffen, was wir in der Situation zu deuten versuchen. Daher ist zuerst die Deutung der Situation zu präzisieren, um eine entsprechende normative Antwort zu finden.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft ist gekennzeichnet durch die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit, die seit 1973 in drei Schüben angestiegen ist: Anfang der 1980er, 1990er Jahre und ab dem Jahr 2000. Sind das nur temporäre Erscheinungen, Störungen, die sich aber schon seit über 30 Jahren halten?

Politiker versprechen immer wieder, die Arbeitslosigkeit zu halbieren oder zu beseitigen, diese Versprechen lösen sich aber spätestens am Ende der Regierungszeit auf.

Andererseits werden marktradikale und wirtschaftliberale Erklärungen weiter geliefert, die Arbeitslosigkeit sei ein individuelles Problem, das durch Druck, Pädagogik oder Qualifizierung zu lösen ist oder ein Problem der starren Arbeitsmärkte, das durch Flexibilisierung lösbar sei. Und die Lösungen wären in der nächsten Zeit möglich, wird behauptet.

Ich aber bin der Meinung, die Arbeitsgesellschaft ist an einem kritischen Wendepunkt. Um dies zu belegen, will ich acht Komponenten nennen.

1. Grenzen des Wachstums

Durch die Veröffentlichung des Club of Rome Berichtes „Grenzen des Wachstums“ wurde deutlich aufge-

zeigt, dass unser bisheriges Wirtschaftswachstum brutal mit der Umwelt umging, in Zukunft aber nicht mehr möglich ist ohne Rücksicht auf die Umwelt. Vor allem: Unser Lebensstil muss sich ändern. Dessen Maßstab dürfen zwar die gegenwärtigen Bedürfnisse sein, aber nur so, dass die Bedürfnisse der kommenden Generationen nicht angetastet werden.

Umweltschutz heißt: Erhöhung der techn. Effizienz, umschalten auf erneuerbare Energien und Versuch, die CO₂-Emissionen in einen Ausmaß zu halten, das die Atmosphäre nicht gefährdet. Wegen dieser nur kompromissartigen Form des Umweltschutzes können sich radikale Alternativen z. B. der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, nicht durchsetzen.

Aber immerhin, dass Wirtschaften nicht zum 0-Tarif im Hinblick auf Umweltverbrauch zu haben ist, das ist ein Wendepunkt für die weltwirtschaftliche Entwicklung, da bisher immer der Konflikt galt, entweder Umweltschutz oder sichere Arbeitsplätze.

2. Widersinniger Konsum

Wie in manchen päpstlichen Rundschreiben angeführt ist, entwickelt sich unsere Konsumgesellschaft zu einer „Zivilisation des Todes“. Sie entfremdet die Menschen, weckt Bedürfnisse, die gar nicht vorhanden oder schädlich sind, etwa ungesunde Ernährung, erzwungenes Pendeln, Freizeitkonsum. Dagegen ist nötig, dass einerseits die Preise durch echte Konkurrenz authentisch werden und andererseits wirklich alle Kosten des Umweltverbrauchs und der Gesundheitsbelastungen mit eingerechnet sind. Derzeit gibt es zu viele Anbietermonopole, die aus einer Sucht nach Größe Fusionen anstreben und ganz andere Interessen verfolgen als Interessen von

VerbraucherInnen zu befriedigen. Der Einfluss der VerbraucherInnen auf diese Entwicklungen muss gestärkt werden. Diese müssen ein verantwortliches Konsumieren entwickeln.

3. Rasante Produktivitätsentwicklung

Die technische Entwicklung von der Agrarwirtschaft über die Industrie bis zur Informationsgesellschaft führt zu rasanten Produktivitätsschüben vor allem in der Industrie, aber auch im Dienstleistungsbereich z. B. bei Banken, Versicherungen oder Telekommunikation und in der Folge zu technikbedingter Arbeitslosigkeit. In der Automobilindustrie ist innerhalb von 10 Jahren, die gleiche Stückzahl mit nur einem Drittel der Beschäftigten herstellbar. Versprechungen, dass nach Rationalisierungsbedingtem Stellenabbau in anderen Bereichen mindestens gleich viele Arbeitsplätze entstehen, haben sich nicht bewahrheitet.

Bei personennahen Diensten, wie z. B. im Gesundheits-, Bildungs- und Kulturbereich ist ein vergleichbarer Produktivitätsfortschritt nicht möglich, da sind andere Qualitätsmaßstäbe anzulegen, als jene der Industrie.

Wie wird aber der Produktivitätsgewinn verteilt? In den letzten Jahren gelingt es den Kapitaleignern, diejenigen, die den Produktivitätsfortschritt geschaffen haben, die abhängig Beschäftigten, mit Lohnsteigerungen abzufinden, die weit unter der Produktivitätsrate und der Zielinflationsrate der EZB liegen. Gerecht wäre es, den Produktivitätszuwachs so zu verteilen, dass er gleichzeitig zu mehr Einkommen bei den Kapitaleignern und den Beschäftigten führt; oder bei den Beschäftigten zu mehr Freizeit führt, also zu einer Arbeitszeitverkürzung. Derzeit wird darüber geredet, dass die Arbeits-

zeit flexibilisiert wird, tatsächlich wird sie verlängert. Da besteht die Gefahr, dass bald alle 10 Stunden am Tag arbeiten müssen.

4. Niedriglohnkonkurrenz im Schatten der Globalisierung

Die Niedriglohnkonkurrenz wird in der politischen Diskussion total überbewertet, 73% des österreichischen Exportes gehen in westeuropäische Länder, nur 3% der Importe stammen aus China. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes drückt sich in den Lohnstückkosten aus, da ist die Produktivität hineingerechnet, die haben sich in Österreich und in Deutschland relativ günstig entwickelt.

Die Konkurrenz zwischen den Ländern wird an überwiegend an Lohnkosten, Lohnnebenkosten und Steuern festgemacht. Den Unternehmen sind aber Marktbedingungen und Rechtssicherheit bei den Standortüberlegungen viel wichtiger.

Ebenso werden Produktionsverlagerungen stark aufgebauscht. Sie führen im konkreten Fall zum Abbau von Arbeitsplätzen, aber gleichzeitig zu ausländischen Investitionen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Ein Teil der neu geschaffenen Kaufkraft kommt aus dem Land, in das hinein verlagert wurde, als Nachfrage ins Ursprungsland zurück. Wie wird der Wohlstandsgewinn aus der internationalen Arbeitsteilung innerhalb der beiden Länder verteilt?

5. Pathologische Arbeitsverhältnisse

In den letzten konjunkturellen Einbrüchen haben sich jeweils die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Der rechtliche Rahmen ist prekärer, der Arbeitsdruck ist größer, die Arbeitsinhalte sind dichter geworden. Die Unternehmer haben versprochen, die Arbeitsplätze würden durch längere Arbeitszeiten sicher werden. Aber wie soll dies durch eine allgemeine Lohnsenkung und Kaufkraftminderung möglich sein? Durch das Sinken der ohnehin schon niedrigen Löhne stieg die Zahl jener, die trotz Arbeit arm sind – der „working poor“.

So genannte Arbeitskraftunternehmer werden zur Selbstausbeutung gezwungen. Die Folge ist oftmals Krankheit. Materieller Wohlstand wird durch Zeitnotstand erkaufte.

Arbeit ist dann nicht mehr das halbe Leben, Arbeit tritt an die Stelle des Lebens.

Die Politiker gebärden sich wie „Territoriumsunternehmer“. Sie wollen die Bevölkerung fit machen für den vermeintlichen internationalen Wettbewerb. Deshalb werden Arbeitslose diszipliniert, damit sie in eine pathologische Arbeitswelt integriert werden. Das Motto heißt: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ oder: „Irgendeine Arbeit ist besser als keine Arbeit“. Da werden Lohnsenkungen im unteren Einkommensbereich erzwungen und - damit der Abstand zu den jahrelang nicht erhöhten Sozialleistungen erhalten bleibt - auch diese abgesenkt. Das alles führt dazu, dass die Armutsgefährdungsquote in Österreich bei 12% und in Deutschland bei 13,5% liegt. Eine interessante Alternative wäre das bedingungslose Grundeinkommen, das nur bei einer entsprechenden Höhe, also deutlich über € 800,-, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten eröffnet.

6. Normative Aufladung der Erwerbsarbeit

M. Luther meinte, dass der Mensch zur Arbeit geboren sei, wie der Vogel zum Fliegen, weil durch Müßiggang die Leute sich um Leib und Leben bringen. Johannes Paul II.: „Arbeit ist eine fundamentale Dimension der Existenz des Menschen auf Erden“. Der Papst spiegelt das moderne Verständnis der Arbeit, das nicht zu allen Zeiten galt, z. B. nicht in der griechisch-römischen Antike. Was in der theologischen Deutung der Arbeit richtig ist, kann nicht auf die abhängige Erwerbsarbeit in einer kapitalistischen Marktwirtschaft übertragen werden.

In der Öffentlichkeit gibt es Versuche, die Verteilungsgerechtigkeit zu verdrängen, weil sie den neuen Herausforderungen nicht mehr gewachsen sei. Der neue Name für Gerechtigkeit heiße Chancengleichheit. Der Staat oder die Gesellschaft dürften nicht versuchen, alle Leistungsunterschiede einzuebnen. Sie sollen eine gleiche Startlinie ziehen, von der aus alle starten. Die Fit sind, kommen schneller an, die Schwerfällig sind, später. Man müsse mehr die Leistungsgerechtigkeit betonen, weil die Talente der Menschen unterschiedlich sind und sie sich auch unterschiedlich anstrengen. Das

honoriere die Gesellschaft durch Einkommen und Vermögen: Je gespreizter die Einkommens- und Vermögensverteilung, umso angemessener belohne die Gesellschaft die unterschiedlichen Anstrengungen. Das werde von den Einzelnen als gerecht empfunden, weil es Anreize schafft, sich anzustrengen. In Deutschland hat Kardinal Lehmann die „ausgleichende Teilhabe“ – also Leistungs- und Marktgerechtigkeit - als Inbegriff der Gerechtigkeit vorgeschlagen. Unter dem Deckmantel neuer Gerechtigkeitsbegriffe wird also versucht, eine Rhetorik der Eigenverantwortung zu entfesseln und diese zu rechtfertigen.

7. Schieflage gesellschaftlicher Macht

Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Machtverhältnis. Eine kleine Gruppe hat die Produktionsmittel und lässt an diesen rentabel arbeiten. Auf der anderen Seite die große Gruppe, die nur ihre Arbeitskraft besitzt und diese einsetzen und sich dabei einem fremden Willen unterwerfen muss, um ihren Unterhalt zu verdienen. Die Eigentumsrechte sind durch Gesetz gut abgesichert, die abhängig Beschäftigten dagegen auf den Sozialstaat angewiesen. Diese Schieflage überträgt sich auf die Unternehmen, wo die Eigentümer der Produktionsmittel das Sagen haben, sie überträgt sich auf den Gütermarkt, wo die Anbieter sich besser organisieren (Produzentenkartelle) als die Verbraucher, sie überträgt sich auf den Arbeitsmarkt, wo zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmern ursprünglich nicht auf gleicher Augenhöhe verhandelt wird und sie überträgt sich auf das Geld- und Kreditschöpfungssystem der Banken die das Investitionsniveau und die –richtung vorweg bestimmen. Diese Schieflage äußert sich in den Prozessen der Umverteilung von unten nach oben in den letzten 30 Jahren, deutlich erkennbar am Sinken der Lohnquote oder dadurch, dass die Lohnerhöhungen deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs plus Zielinflationsrate zurückbleiben. Diese gesellschaftliche Machtverschiebung begann vor 30 Jahren.

8. Monetäre Revolution

(1) Seit der Auflösung der Wechselkursstabilität und der Aufkündigung des Bretton Woods Systems Anfang

1970er Jahre traten Kursschwankungen auf, die durch reine Spekulation verursacht waren. Der Dollar wurde massiv abgewertet, daraufhin haben die Ölexportierenden Länder, die nicht hinnehmen wollten, dass sie wertlose US-Dollars bekamen, den Ölpreis angehoben. Seit dieser Zeit sind die Finanzgeschäfte explodiert, mit dem Ergebnis, dass nur 2% der Finanztransaktionen durch den Warenhandel erklärt sind, 10% durch Kapitalübertragungen und 88% durch reine Spekulation. Die Verhältnisse auf den globalen Finanzmärkten sind politisch verursacht. Die Zulassung der hoch spekulativen Hedge-Fonds, (in Deutschland) die steuerliche Befreiung der Gewinne aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen durch die Banken – eine indirekte Förderung des Investmentbanking – sind politische Entscheidungen, die auf europäischer Ebene wieder korrigiert werden können, etwa durch Besteuerung der Finanzgeschäfte oder der Kontrolle der freien Bankzonen oder der Hedge-Fonds. ATTAC hat schon sehr früh das Wissen verbreitet, dass die Kontrolle der Finanzmärkte der Schlüssel für die Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaft ist. Die Finanzmärkte können die Welt nicht regieren. Die nationalstaatlichen Regierungen oder die EU oder die internationalen Einrichtungen und Vereinbarungen spielen eine gewichtige Rolle dabei, dass die Aufsicht und Kontrolle über die Finanzmärkte verstärkt wird.

(2) Die Geldfunktion hat sich stark verändert. In reichen Volkswirtschaften hat das Geld nicht mehr bloß die Funktion, Tauschmittel zu sein, sondern ist auch Vermögensgegenstand. Die Politik zielt nun darauf ab, dass dessen Wert erhalten bleibt. Darum gilt die rigorose Inflationsbekämpfung als die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe, nämlich den Wert des Geldvermögens zu wahren.

(3) Die Bewertung von Unternehmen richtet sich nicht nach der Menge der produzierten Güter, sondern nach dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Seit mehr als 20 Jahren gilt die Finanzrechnung als beste Methode, die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens zu ermitteln: Ist das Unternehmen in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen? Es zählen

jedoch nicht die Zahlungsströme der Vergangenheit sondern die zukünftigen Zahlungsströme, die auf einen Gegenwartswert abdiskontiert werden – auf den shareholder value. Unternehmen, die sich am shareholder value orientieren, für die diese Finanzrechnung gilt, müssen sich nicht mehr am Markterfolg orientieren, also Kredite zu bekommen um Investitionen zu tätigen, Arbeitsplätze zu schaffen, Güter zu produzieren, die dann von Konsumenten gekauft werden, so dass ihre Profite durch realwirtschaftliche Kreisläufe zustande kommen.

Weder die Schaffung von Arbeitsplätzen noch die Befriedigung von Konsumbedürfnissen scheint ein lohnendes Unternehmensziel zu sein, sondern vielmehr die positive Erwartung der Kapitalanleger, dass diese den Eindruck haben, die zukünftigen Zahlungsströme des Unternehmens würden einen positiven Saldo ergeben. Daher stehen die Unternehmer unter dem vierteljährlichen Druck, Zukunftsvisionen ausmalen zu müssen, damit die Kapitaleigner in Stimmung geraten und ihnen das Kapital zur Verfügung stellen. Das kann funktionieren, hat aber in den USA in den 1990er Jahren zu kreativer Buchführung, Bilanzfälschungen und ähnlichen kriminellen Aktivitäten geführt, bis die spekulative Blase der überzogenen Erwartungen geplatzt ist. Den Aktienkursen entsprachen keine realistischen Erwartungen. Die Faszination steigender Aktienkurse veranlasst immer noch zahlreiche Unternehmen zum Gang an die Börse, nicht wenige erleben ein Desaster. Bei der Telekom oder Daimler in Deutschland zeigen sich die Folgen von äußerst riskanten Fehlentscheidungen, die mit Käufen und Verkäufen, Aufsplitterungen und Personalabbau versucht haben, den Aktienkurs zu steigern.

Es ist ein Wendepunkt der Arbeitsgesellschaft, wenn es möglich ist, dass der Börsenkurs steigt und der Arbeitswert etwa durch Massenentlassungen verfällt. Und wenn die Manager ihre Investitionen ausschließlich auf hochgradig profitable Betriebe konzentrieren, die den spekulativen Renditeerwartungen auf den Finanzmärkten entsprechen. Denn normalerweise sind die Renditen, die eine Bank oder ein Hedge-Fonds durch hochspekulative Finanzgeschäfte oder durch die Finanzierung von Fusionen oder

Übernehmen gewinnt, selbst für Unternehmen wie Daimler, VW oder Bayer Leverkusen, die sich auf Märkten in der realwirtschaftlichen Sphäre behaupten müssen, nicht erreichbar. Aber dennoch versuchen sie, sich an den Renditemaßstäben, die auf den Finanzmärkten definiert werden, zu orientieren und üben entsprechenden Druck auf die Belegschaften aus.

Wiedergewinnung sozialer Gerechtigkeit?

In Österreich haben religiös-soziale Bewegungen und die Gewerkschaften eine Kampagne: „Gute Arbeit“ gestartet. Um diese fortzusetzen, müssten sich die Kirchen für „Gerechte Arbeit“ einsetzen. Eine Voraussetzung für gerechte Arbeitsverhältnisse ist die Stärkung der Tarifautonomie, die Wiederherstellung einer paritätischen Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten, damit sie auf gleicher Augenhöhe mit den Arbeitgebern über Arbeitsbedingungen und insbesondere über Arbeitsentgelte verhandeln können. Der Flächentarifvertrag bietet eine Chance, die Einkommensverteilung halbwegs ausgewogen zu gestalten. Die Tarifpartner bestimmen unmittelbar oder mittelbar, welche gesellschaftlich nützliche Arbeit der privaten Sphäre und welche der Marktsteuerung überlassen wird, ob solche Arbeiten mehr oder weniger geschlechtsspezifisch zugewiesen und wie unterschiedlich komfortabel sie entlohnt werden, wie stark gespreizt der Wert einzelner Arbeitsleistungen in einem arbeitsteiligen Produktionsprozess festgelegt wird und wie die Anteile gesellschaftlicher Vorleistungen und individueller Arbeitsleistungen bewertet werden. Eine tendenziell ausgewogene Einkommensverteilung lässt Ungleichheiten der Verteilung unter der Bedingung zu, dass diese durch Gründe gerechtfertigt sind, die in persönlichen Leistungen, etwa in der Mobilisierung natürlicher Talente oder Energiepotentiale verankert sind.

Wenn die Tendenz anhält, dass das Volkseinkommen, also die Menge der Güter zwar wächst, aber der Anteil der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen sinkt, während der Anteil der Gewinneinkommen steigt, dann lassen sich die herkömmlichen solidarischen Sicherungssysteme nicht allein mehr durch

Sozialbeiträge aus den Arbeitseinkommen finanzieren. Um deren Finanzierungs-, Leistungs- und Gerechtigkeitsdefizite zu beheben, läuft der Appell an eine kapitalgedeckte private Vorsorge, der an die unteren Einkommensschichten gerichtet ist, ins Leere. Denn nur Wohlhabende und exklusiv Reiche sind dazu in der Lage. Also müsste die Grundlage der Solidarität erweitert werden, nämlich die Verfassung. Die Finanzierungsgrundlage der „demokratischen Solidarität“ wäre die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. In die Solidargemeinschaft sind alle Personen, die im Geltungsbereich der Verfassung ihren Lebensmittelpunkt haben, einbezogen, und alle Einkommen, die dort entstehen, wären beitragspflichtig.